Nummer 220

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: i. V. W. Steneberg, Politischer Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentzer, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Dienstag, 13. Mai 1930

Die preußische Zentrumspolitik.

Gründe, Hintergründe und Widerhall.

Zum Ergebnis des preußischen Zentrumsparteitages schreibt die „Nationalliberale Correspondenz", das parteioffiziöse Organ der Deutschen Volkspartei:

„Herr Dr. Heß hat mit einer Eindeutigkeit, die nicht verkannt werden darf, zu verstehen gegeben, daß ihm an einer bürgerlichen Regierung in Preußen überhaupt nichts liegt. Sie steht für ihn anscheinend außerhalb der Diskussion. Das Vernünftigste für Preußen ist nach seiner Auffassung die Große Koalition, für die er aber praktisch auch kaum etwas getan hat. Ja, es gehört nicht viel politischer Instinkt dazu, um aus seiner Rede herauszufühlen, daß er über das Nichtstandekommen der Großen Koalition in Preußen ein besonderes Bedauern nicht empfindet. Die Gründe hierfür liegen, unserer Ueberzeugung nach, vor allem auf dem Gebiete der preußischen Personalpolitik. Die Demokraten zählen nicht mehr, man behandelt sie in Preußen einfach als Luft, aber die Hineinnahme einer großen neuen Partei und der Aufbau der Koalition auf einer wirklichen staatspolitischen Grundlage müßten hier zu Wandlungen führen, die nicht den Wünschen aller preußischen Zentrumspolitiker entsprechen würden. Wir wollen uns dabei ganz und gar nicht jene bösen Worte zu eigen machen, die durch die preußische Beamtenschaft laufen und im Grunde besagen, daß die Zentrumsanhänger schon mit 30 Jahren alt werden, was der Besitzer des sozialdemokratischen Parteibuches erst mit 35 Jahren, alle anderen viel später oder überhaupt nicht erreichen. Das sind Uebertreibungen! Fest steht aber, daß sich auch innerhalb Preußens eine gefährliche Staatsverdrossenheit in immer stärkerem Maße bemerkbar macht. Die bekannten Vorgänge in Hannover sind dafür nur ein Signal. Die von Herrn Dr. Heß gerühmte Stabilität der preußischen Landesregierung ist ja nur eine rein äußerliche. Sie hat Preußen gewiß vor Parlaments- und Staatskrisen geschützt, vor den letzteren aber auch nur durch das staatspolitische Verhalten der volksparteilichen Opposition. Im übrigen ist das Ergebnis der preußischen Regierungskunst leider ein sehr negatives. Man hat nicht einmal versucht, die Frage der Verwaltungsreform zu lösen, obwohl doch eine wirklich stabile und produktive Regierung sich gedrängt fühlen müßte, gerade diese Aufgabe zu lösen, um damit allen anderen Ländern ein Vorbild zu geben und den großen Aufgaben der Reichspolitik vorzuarbeiten. Herr Dr. Heß weiß von einer Reichsreform überhaupt nichts wissen. Seine Bereitschaft beschränkt sich, wie er öffentlich erklärte, darauf, die unerquickliche Auseinandersetzung über diesen Gegenstand innerhalb und außerhalb der Zentrumspartei zu schließen. Der föderalistische Charakter des Zentrums ist stärker zum Ausdruck gekommen, als auf früheren Zentrumsparteitagen. Das ist keine Ermunterung für Herrn Dr. Brüning und das Reichskabinett. Dem Reichskanzler Dr. Brüning wurden zwar viele anerkennende und schöne Worte gewidmet, auch Versprechungen kann er mitnehmen, aber das ist schließlich auch alles. Schon die Art und Weise, wie der Gegensatz zwischen der Reichsregierung und den Sozialdemokraten zu einem Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Brüning und der sozialdemokratischen Presse — nicht der Sozialdemokratischen Partei — gestempelt wurde, war sehr vielsagend und gehörte auch zu den offenen, aufschlußreichen Worten des Herrn Dr. Heß, die man beachten soll. Der Jubel eines großen Teiles der Linkspresse über den Verlauf des preußischen Zentrumstages zeigt endlich zur Genüge, daß man auch hier ebensowenig mit ernsthaften Koalitionsschwierigkeiten in Preußen wie mit einer wirklichen nachdrücklichen Unterstützung des Reichskanzlers Brüning durch das preußische Zentrum rechnet."

Bezeichnend ist auch ein Kommentar des „sozialdemokratischen Pressedienstes", der die von der „Nationalliberalen Correspondenz" oben getroffenen Feststellungen über die Unwirksamkeit einer Unterstützung des Kabinetts Brüning durch das preußische Zentrum bestätigt. In dem erwähnten parteioffiziösen sozialdemokratischen Kommentar heißt es z. B.:

„Herr Heß hat sich ebenso wie der Reichskanzler Brüning über die rücksichtslose Form der Opposition der sozialdemokratischen Presse beschwert. Ebenso wenig wie uns die Beschwerden des Reichskanzlers Anlaß zur Aufregung gegeben haben, tun es die Aeußerungen des Führers des Zentrums in Preußen. Wir haben gar keine Lust, uns in eine höchst überflüssige Diskussion über guten oder schlechten Ton der Presse einzulassen, zumal die Beschwerden über den schlechten Ton der sozialdemokratischen Presse nichts anderes erkennen lassen als das Unbehagen über eine Kritik, die zu einem erheblichen Teil auch von den eigenen Anhängern des Zentrums als berechtigt empfunden wird."

Noch deutlicher wird die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung", die in einem „offenen Brief" an Herrn Heß erklärt:

„Ihre Mahnungen, unsere Opposition gegen die Regierung Brüning zu dämpfen, lehnen wir ab. Sie selbst haben uns ja ein geradezu glänzendes Stichwort zum Kampf gegen das Kabinett Brüning gegeben. Wer, wie Sie sagen, in der deutschen demokratischen Republik Arbeit leisten will, muß in unversöhnlicher Gegnerschaft stehen gegen eine Regierung, die Todfeinde der Demokratie wie den monarchistischen Soldaten Treviranus und den schwarzweißroten Landbundführer Schiele zu Ministern hat. Die Bahn für eine Umgruppierung im Reich muß freigemacht werden. Das ist nur möglich durch den Sturz der Regierung Brüning."

Saarbeschwerden in Genf.

„Grubenschutz" statt „Bahnschutz"?

Unerträgliche Propagandamethoden Frankreichs.

TU Genf, 13. Mai.

Eine Saarabordnung unter Führung des Kommissionsrats Röchling ist hier eingetroffen, um während der Ratstagung mit den einzelnen Ratsmitgliedern des Völkerbundes über Saarfragen zu verhandeln. Man vertritt in saarländischen Kreisen in erster Linie die grundsätzliche Forderung, daß mit der Räumung des Rheinlandes Ende Juni auch der alliierte „Bahnschutz" im Saargebiet zurückgezogen werden müsse. Es wurde hierbei darauf hingewiesen, daß die Saarregierung in ihrem letzten Bericht an den Völkerbund mit keinem Wort die selbstverständliche Zurückziehung des Bahnschutzes erwähnt und sich darauf beschränkt, in dem Bericht auf eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Fragen hinzuweisen.

Es verlautet immer von neuem, daß in französischen Kreisen die Absicht bestehen soll, den alliierten Bahnschutz in der Weise im Saargebiet zu belassen, daß er nach der Rheinlandräumung in einen „Grubenschutz" umgewandelt wird (!).

Die Saarabordnung wird außerdem einige schwerwiegende Beschwerden gegen die gegenwärtige französische Verwaltung im Saargebiet richten. Der neuernannte Generaldirektor der Saargruben, Guilleaume, hat angeordnet, daß auf die Bergarbeiter ein starker Druck ausgeübt wird, um diese zu veranlassen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken. Die von der Grubenverwaltung angestellten Lehrer der französischen Schulen haben

den Kindern 100 Frankenscheine in die Hand gedrückt, um sie zum Eintritt in die französische Schule zu bewegen.

Weiter hat die französische Grubenverwaltung lothringischen Bergarbeitern, die sich als Deutsche naturalisieren ließen, mitgeteilt, daß sie innerhalb 14 Tagen entlassen würden, wenn sie ihre Naturalisierung nicht sofort zurückziehen. Im Hinblick auf die schwere Notlage in den Saargruben sind daher zahlreiche deutsche Bergarbeiter gezwungen worden, diesem Druck zu weichen.

Man erwartet in saarländischen Kreisen, daß diese außerordentlich bedenklichen Vorkommnisse in der Unterredung zwischen Curtius und Briand zur Sprache kommen werden und daß die für das Saargebiet so bedeutungsvolle Frage der Zurückziehung des „Bahnschutzes" endgültig geklärt werden wird.

Die italienisch-französischen Verständigungsverhandlungen.

Eine „Aufgabe für längere Sicht".

Genf, 13. Mai.

Der Völkerbundsrat ist heute vormittag um ½12 Uhr zu einer zweiten öffentlichen Sitzung zusammengetreten, deren Tagesordnung rein geschäftsmäßigen Charakter hat.

Vor der Sitzung hatten Briand, Grandi und Henderson eine mehrals einstündige Unterredung. Auf Befragen erklärte Briand Pressevertretern, die von der Londoner Konferenz offen gelassenen Fragen der Flottenabrüstung seien erörtert worden. Die Vereinigung dieser Fragen sei jedoch eine Aufgabe für längere Sicht. Ihre Lösung soll aufallen zur Verfügung stehenden Wegen, auch dem der diplomatischen Verhandlungen, versucht werden. Die drei Außenminister treffen sich, wie bereits gemeldet, heute mittag bei Briand zum Frühstück.

Unterredung Curtius—Zaleski.

Der Rat dankt Kastl.

TU Genf, 13. Mai.

Dr. Curtius hatte heute vormittag kurz vor dem Beginn der Ratssitzung eine persönliche Unterredung mit dem polnischen Außenminister Zaleski. Die Aussprache war nur von kurzer Dauer.

Im Rat kamen am Vormittag in öffentlicher Sitzung eine Reihe von Berichten von geringerer Bedeutung zur Sprache. Der finnländische Außenminister Procope erstattete Bericht über den Rücktritt des deutschen Mitgliedes des Mandatsausschusses, Geheimrat Kastl. Kastl habe durch seine langjährigen Erfahrungen in der Kolonialverwaltung sowie durch seine besonderen wirtschaftlichen und politischen Kenntnissen im Mandatsausschuß außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet und sich die Sympathie seiner Mitarbeiter gewonnen. Der Rat sprach Geheimrat Kastl seinen Dank für seine wirksame und fruchtbare Mitarbeit aus. In einer anschließenden Geheimsitzung wird der Rat an seiner Stelle den Leiter der Kriegsgefangenenkommission in Paris, Ministerialdirektor Dr. Ruppel, zum deutschen Mitglied des Mandatsausschusses des Völkerbundes ernennen.

Forderungen der Palästina-Araber abgelehnt

EP London, 13. Mai.

Die in London weilende Delegation der in Palästina lebenden Araber hat über ihre Verhandlungen mit der englischen Regierung eine Erklärung veröffentlicht, wonach das englische Kabinett die Forderungen der Delegation abgelehnt hat. Diese Forderungen bestanden darin, daß die Einwanderung nach Palästina unverzüglich aufhören solle, daß das im Besitz von Arabern befindliche Land mit Rücksicht auf seinen geringeren Umfang unveräußerlich gemacht und schließlich eine demokratische Regierung eingesetzt werden solle, in der alle Bewohner des Landes im Verhältnis zu ihrer Stärke vertreten sein sollten. Der Delegation sei versichert worden, daß die englische Regierung Sachverständige mit dem Studium des Problems der Einwanderung und des Landerwerbs durch Juden beauftragen und in Kürze gewisse konstitutionelle Aenderungen vornehmen lassen werde. Diese Maßnahmen betrachte die Delegation jedoch als völlig unzulänglich, weshalb sie beschlossen habe, wieder nach Palästina zurückzukehren.

— Cunard baut zwei große Ozeandampfer. Wie die „Daily Expreß" hört, hat die Cunard-Gesellschaft beschlossen, an Stelle des ursprünglich geplanten einen Schiffes zwei große Ozeandampfer zu bauen. Dieser Beschluß würde in Uebereinstimmung mit der Gepflogenheit der Gesellschaft stehen, jeweils Schwesterschiffe auf Kiel zu legen.

Die Niederlage des Woiwoden.

Oberschlesien kontra Warschau 38:10!

Von unserem Kattowitzer Korrespondenten.

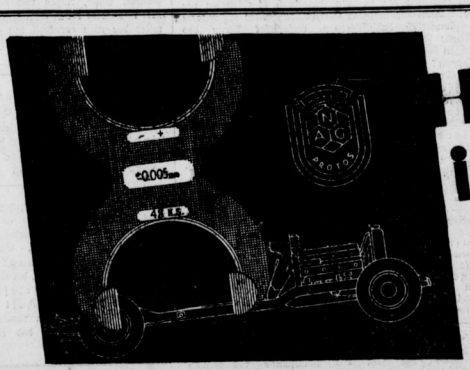
In dem an Polen gefallenen oberschlesischen Abstimmungsgebiet, vor allem dem Industriereviier der Woiwodschaft Schlesien, wohnten im Dezember 1922, als die ersten Wahlen zum Schlesischen Sejm stattfanden, sicherlich über 100 000 Deutsche mehr als heute. An ihrer Stelle sind auswärtige Polen ins Land gezogen. Trotzdem wurden bei den Sejmwahlen am vergangenen Sonntag 173 000 Stimmen für die deutschen Listen abgegeben gegenüber 110 000 an jenem Dezembertag. Es ist schon so: die Deutschen sind nicht totzukriegen in Oberschlesien! Der alte Fuchs Korfanty nannte die neuen Sejmwahlen das zweite Plebiszit in Oberschlesien. Das trifft insoweit zu, als sich die zu Polen gekommene Woiwodschaft wiederum für oder gegen Warschau zu entscheiden hatte. Warschau ist bei diesem zweiten Plebiszit mit 38 : 10 und im Industriegebiet sogar mit 25 : 6 geschlagen worden, d. h. die Sanierungspartei, die Partei des Woiwoden und der Aufständischen, hat in der ganzen Woiwodschaft nur 10 von 48 Mandaten, im Industriebezirk sogar nur 6 von 31 zu erreichen vermocht. Korfanty's „Polonia" meldet daraufhin heute, daß die Zentrolinke im Warschauer Sejm deshalb der Abberufung des Woiwoden Dr. Grażyński verlangen werde.

In dem neuen Schlesischen Sejm, der in vierzehn Tagen zusammentreten wird, wird die Deutsche Wahlgemeinschaft die stärkste Fraktion bilden, da sie über 15 Mandate (+ 8) verfügt. Hierauf folgen die Christlichen Demokraten Korfantys mit 13 Mandaten (+ 1) und erst dann die Sanierung mit 10 Mandaten, die also keinen Gewinn zu verzeichnen hat. Die polnischen Sozialisten haben 4 Mandate (— 1) erreicht, die deutschen Sozialisten 1 (—1). Dafür fielen den Kommunisten, die bisher unvertreten waren, 2 Sitze zu. Die polnische Nationale Arbeiterpartei, der der erste schlesische Woiwode Rymer angehörte, ging von 8 auf 4 Sitze zurück. Sie unterscheidet sich nicht wesentlich von der Partei Korfantys, mit der sie in Listenverbindung stand.

Nach diesem Ergebnis erscheint bei dem vollkommenen Gegensatz zwischen den Sanierern und Korfanty eine Mehrheitsbildung ohne die Deutschen unmöglich und erst recht unmöglich die Zusammenarbeit mit einem Woiwoden, dem nur 10 von 48 Abgeordneten zur Seite stehen. Im Warschauer Sejm kommt den Minderheiten allerdings bei weitem nicht die Bedeutung zu, wie in dem Parlament der autonomen Woiwodschaft Schlesien. Wenn die Regierung aber nicht einmal mit einem Parlament ins Reine zu kommen vermag, das ihr Mehrheitsbildungen sonohl mit der Rechten wie mit der Zentrolinken, und in beiden Fällen mit rein polnischen Parteien gestattet: wie kann da erwartet werden, daß sie zu gedeihlichem Zusammenarbeiten mit dem Schlesischen Sejm gelangt, in dem die deutsche Partei den Ausschlag gibt?

Der Deutsche Klub hat sich weder in Warschau noch in Kattowitz auf den Standpunkt der Opposition aus Grundsatz gestellt. Er hat vielmehr hier wie dort und ebenso in jedem Gemeindeparlament erklärt, daß er mit jeder polnischen Partei oder Regierung zusammenzuarbeiten entschlossen ist, die den Deutschen die ihnen durch Verfassung und Minderheitenverträge zustehenden Rechte gewährt. In Oberschlesien ist ein Zusammenarbeiten mit dem Woiwoden Dr. Grażyński ganz unmöglich, denn dieser als „Aufständischer", also als ein Landfriedensbrecher nach Oberschlesien gekommener Galizier ist der Führer des „Kulturkampfes" gegen die deutschen Schulen und der Ehrenvorsitzende des Aufständischenverbandes, der die Deutschen bis auf den heutigen Tag schlimmer als Todfeinde, der sie als Aufsässige behandelt, die allesamt totgeschlagen oder doch mindestens in die (Brandenburger) Wüste gejagt werden müßten.

Der schlesische Woiwode hat in dem neuen Schlesischen Sejm nicht einmal die Möglichkeit einer Mehrheits-



Höchste Präzision im NAG Protos

verbürgt klassische Fahreigenschaften

Weicher Anzug, sekundenschnelle Beschleunigung, Gleichmäßigkeit im Schritt-Tempo wie bei Höchstgeschwindigkeit, schwebend elastische Federung auf jeder Straße, spielend leichte Lenkung, kürzester Bremsweg

Seine technischen Merkmale sind: 16/80 PS-Maschine mit hoher Kraftreserve, ruhig und erschütterungsfrei laufend — Schraubenspindel-Lenkung — Federung, durch Stoß- und Reibungsdämpfer unterstützt — hydraulische Bremsen, sicher, dabei sanft wirkend — der Kupplungsautomat, der im angestrengten Stadtverkehr das Kuppeln für Sie besorgt — Flachkühler mit Jalousie und Fernthermometer — Karosserien vornehmen Stils in dezenter Farbgebung — Tiefrahmen-Chassis

16/PS 80 4 liter

NAG-Werk, Berlin-Oberschöneweide, Ostendstraße 1-5 — Berliner Verkaufsstelle: NAG-Niederlassung Berlin, Budapester Straße 9 (am Zoo)